

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abdrucke gegen die Kosten und die Auswirkungen der Friedensverhandlungen.

Berichte der Delegierten und ihrer Beauftragten.

Kategorie: Tagblatt / Anzeiger für das Erzgebirge. Geltendes die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Landkreises Aue. Veröffentlichung: Aue Leipzig Nr. 1924

Nr. 151

Dienstag, den 1. Juli 1924

19. Jahrgang

### Russlands wahres Gesicht.

Von Axel Schmidt.

In Deutschland gibt es weite Kreise, die von einer deutsch-russischen Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht schwärmen. Selbst der Bogenhardi-Zwischenfall, der doch zur Genüge zeigte, daß nicht wirtschaftliche Dinge, sondern weltrevolutionäre Pläne die bolschewistische Regierung bestimmen, hat diese Vorliebe nicht befehligen können. Jetzt bringt die polnische Presse interessante Enthüllungen, die in der deutschen Presse bislang viel zu wenig Beachtung gefunden haben. Ein Berliner Blatt hat sich kürzlich aus Moskau melden lassen, daß die polnische Diplomatie den Plan hege, Ostpreußen als Preis für eine Entäußerung der weißrussischen und ukrainischen Gebiete Polens zu anstreben. Um sich ist es ja nur zu befann, daß die Nationaldemokraten mit gierigen Augen nach dem festen ostpreußischen Bissen schielen, hat doch seinerzeit ihr Führer Tomaszak in seinem Blatt „Rzecpolia“ diese Provinz als „unbefreites Polen“ bezeichnet, das „Gebanden und Bitten des besetzten Polens“ befreit müsse. Neu ist aber, daß nach einer Mitteilung der „Gaz. Warsz.“ des offiziellen Blattes der politischen Regierung die sowjetrussische Vertretung in Warschau im Herbst 1923 dem polnischen auswärtigen Ministe deutliche Anspielungen gemacht hat, daß Moskau nichts gegen eine Belagerung Ostpreußens durch Polen hätte, wenn es dafür der russischen Armee gestatten würde, einen Sprung durch das polnische Gebiet an die deutsche Grenze zu machen, um den deutschen Kommunisten bewaffnete Hilfe zu leisten. Um einer Weigerung der polnischen Diplomatie soll dieser Vorschlag gescheitert sein. Der Grund für die Ablehnung liegt auf der Hand. Polen als Etappe für die rote Armee wäre natürlich bei einem Bilden des bolschewistischen Planes in den roten Strudel hineingezogen worden, wenn auch in Deutschland die Weltrevolution zum Ausbruch gekommen wäre. Bei einer Niederlage Sowjet-Rußland wäre aber Polen das Kampfgebiet geworden. Hier interessieren jedoch nicht Polens Gründe, sondern Sowjet-Rußlands Absichten. Diese Enthüllung dringt denjenigen, die schon mehrfach auf die antideutsche Außenpolitik Sowjet-Rußlands und die Verlure eines französisch-russischen Bündnisses hingewiesen haben, nicht Neues. Hat doch Herrlot nach dem Sieg der Linken in Frankreich Ende Mai einem japanischen Korrespondenten erklärt, daß er den Wunsch habe, die Beziehungen zu Sowjet-Rußland wieder aufzunehmen. Die Modalitäten für die Wiederaufnahme könne er freilich nicht mitteilen, weil diese von der Haltung der Russen abhängen. Rostow ist auf diese lebenswürdige Offerte die Antwort nicht schuldig geblieben, sondern hat erklärt, daß der Sieg der Linken berufen sei, die Beziehungen zwischen Sowjet-Rußland und Frankreich von Grund auf umzugestalten. Und der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat Herrlot telegraphisch zum „Siege der französischen Demokratie“ seinen Glückwunsch ausgesprochen.

Auf dem letzten kürzlich beendeten Kongreß der Kommunistenpartei in Moskau hat Sinowjew, der maßgebende Mann in auswärtigen Fragen nach Lenins Tod, folgende Direktiven für die russische Außenpolitik aufgestellt: „In den Fragen der Außenpolitik noch mehr Fertigkeit, Vorsicht, Zurückhaltung in der Konzessionsfrage, Verbindung eines klugen Davierungs-politik zwischen Fellen und Klippen mit der Bereitschaft, in einen wilden Angriff überzugehen, wenn die Verhältnisse zum Angriff im revolutionären Kampfe heranreisen. Bei einer Wiederholung der deutschen Situation zum Angriff blasen.“

Swar ist nicht Sinowjew Seiter der auswärtigen Politik, sondern Tschitscherin, aber dieser ist es doch stets so gewesen, daß das geschah, was der Vorsitzende der Dritten Internationale Sinowjew wollte. Und die Absezung der gemäßigten Kommunistenführern in Deutschland durch die Dritte Internationale hat nur dann Zweck, wenn Sinowjews Lösung von der Weltrevolution in Deutschland wenigstens verlust wahrlich zu werden. Hier muß auf das Birkular Nr. 6 des Politbüro an die tschechoslowakische kommunistische Organisation hingewiesen werden, daß der Vorwärts kürzlich veröffentlichte. Im Birkular heißt es u. a.: „In Deutschland ist der geheime Bürgerkrieg immer mehr in einen offenen übergegangen im Begriffe. Daher erweist es sich als nötig, so schnell als möglich den Parteiaussatz auf illegale Grundlage umzustellen. Die erste Aufgabe der Kommunisten muß in der Vernichtung der Sozialdemokratie bestehen. Es muß daher eine wilde Kriege gegen alle diese Sozialdemokratien, wie auch gegen alle übrigen sozialdemokratischen Führer begonnen werden. Die Vernichtung der Sozialdemokratie ist die Voraussetzung für den Erfolg der Revolutionierung Deutschlands.“

Dieses Birkular möchte, sollte man meinen, auch dem größten Schwärmer für eine deutsch-russische gemeinsame Front zu denken geben.

### Die verschleierte Kontrollkommission in Tätigkeit.

Die innerstaatliche Kontroll-Kontrollen in Berlin ist ingewichen, ohne daß die Justizministerien des Reichs-

regierung abgewartet wurde, die, wie unten gemeldet, nun ja erfolgt ist, auf die Stelle von 19 alliierten Offizieren gebraucht werden, die sämtlich auf Reichsstoffen im Hotel Splendide untergebracht sind. Auf Reichsstoffen wurde ferner jedem Mitglied der Kommission ein Automobil zur Verfügung gestellt.

### Gegen die Unterdrückung der deutschen Luftfahrt.

Eine anerkennenswerte Gegenmaßnahme der deutschen Regierung.

Aus London wurde kürzlich gemeldet, daß die deutsche Regierung in einer Note ein Verbot der Landung englischer Flugzeuge ab 1. Juli angebrochen habe, falls die Maschinen nicht genau den Vorschriften des Versailler Friedensvertrags entsprechend behandelt werden, nachdem die Entente im Friedensvertrag hinsichtlich des deutschen Flugzeugbaus eine die Motorstärke sowie die Stellungs- und Tragfähigkeit umfassende Berechnungsformel aufgestellt hat, deren Überschreiten Deutschland verboten ist. Die deutsche Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß unter diesen Umständen auch ausländische Flugzeuge, die über die Bestimmungen der Entente hinsichtlich der Motorstärke usw. hinausgehen, in Deutschland nicht fliegen dürfen, weil sie sonst als Kriegsflugzeuge nach Auflösung der Entente zu betrachten seien.

Unter diesem Gesichtspunkt ist dann auch wiederholzt die Beschaffung von nördlichen Flugzeugen der französischen Luftverkehrsgesellschaft in Süddeutschland erfolgt. Eine Ausnahme wurde dagegen hinsichtlich des zukünftigen Aufstellung der erwähnten Bestimmungen bereits im Betriebe befindlichen englisch-deutschen Luftverkehrs auf der Linie London-Amsterdam-Berlin gemacht. Auf dieser Linie steigen englische Maschinen vom Typ Hanwell 84, die an Motorstärke und Größe über das für Deutschland erlaubte Maß nicht hinausgehen. Deutscherseits wurde aber der englischen Regierung mitgeteilt, daß die Auslastung dieser Maschinen nur für eine bestimmte Stütz erfolgen könne, es sei denn, daß England eine entsprechende Veränderung der dem deutschen Flugzeugbau auferlegten Bestimmungen durchsetzen könne. England erklärte sich hierzu auch bereit, doch scheinen die Verhandlungen zur Widerrichtung der einschränkenden Bestimmungen ergebnislos gewesen zu sein.

Unter diesen Umständen hat sich die deutsche Regierung veranlaßt gesehen, vom 1. Juli ab keine englischen Flugzeuge mehr zugelassen, die den Vorschriften nicht entsprechen.

### Fordnace des Wicumlasten.

Die heute fortgeschrittenen Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der Wicum lassen leider erkennen, daß diese nur in sekundären Fragen zur Nachgiebigkeit geneigt ist. Sie verlangt im übrigen, die ungeheure Last der Wicumverträge für unbestimmte Zeit der deutschen Ruhrindustrie ungeschwächter aufzubürden. Die Kohlemengen sollen in vollem Umfang geliefert werden. Die Wicum zeigt sich nur geneigt, die Kohlensteuer um etwas herabzusetzen. Diese Nachgiebigkeit ist aber praktisch vollkommen bedeutungslos, weil die Kohlenbergwerke der Ruhr noch 15 Millionen Dollar Kohlensteuer schulden. Auch in allen anderen Punkten besteht die Wicum auf voller Leistung. Das gilt namentlich für Benzol und andere Kohlenprodukte. Die Belastung des Kohlenbergbaus wird aufrechterhalten.

Die Verlängerung des Wicumvertrages steht noch nicht fest, da die Schiedskommission der Ruhrindustrie angelichts der an den Wicumverträgen beteiligten deutschen Unternehmen sich zu einem neuen Abschluß mit der Wicum nur verstehen kann, wenn tatsächlich wesentliche Erleichterungen eintreten und wenn ein Ende dieser Schwerbelastung der deutschen Industrie in Aussicht gestellt werden kann.

### Ein neues Ententeidiktat

malen unsere Öffnungen an die Wand, um neuen Stoff zu demagogischer Hege gegen die deutsche Regierung und zur Hintertreibung geordneter Zustände in dem Verhältnis Deutschlands zu den früheren Feindstaaten zu gewinnen. In diesem Sinne wird schon jetzt die bevorstehende Londoner Konferenz ausgeschlachtet, obwohl noch garnichts an Eingaben über diesen Kongreß feststeht und sich am allerwertigsten heute bereits darüber etwas sagen läßt, in welcher Form die zu erwartenden Beschlüsse den beteiligten Staaten, vor allem dem Deutschen Reich, zur Ratifikation unterbreitet werden. Zugleich müssen die Deutschenationalen und die Deutshöldischen, daß die deutschen Delegierten, wenn sie überhaupt in London zugelassen werden, dort weiter keine Aufgabe haben sollen, als zum Schluß die Deutschland auferlegten Bindungen demütig zu unterschreiben. Auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder, daß unsere Rechtsradikalen völlig außerstande sind, selbst in den für das Vaterland wichtigen außenpolitischen Fragen über ihre Parteidrähte hinwegzugehen. Nach der Annahme des Dawes-Utaktes durch das Kabinett Marx kommt jetzt alles darauf an, die Ausführung dieses Utaktes, das sich in vielen Punkten nur auf prinzipielle Erfordernisse bezieht, so zu gestalten, daß die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands durch die Übergabe der

Reparationslast die möglichst geringen Schädigungen erleidet. Zu diesem Berufe ist es duerst wünschenswert, daß das Deutsche Reich nicht nur während des ganzen Verlaufs der Konferenz auf ihr angemessen vertreten ist, sondern daß auch diese Vertreter mit denselben Rechten ausgestattet werden wie die anderen Teilnehmer, doch ist insbesondere erforderlichen Fällen ausgleichige Gelegenheit haben, durch Geltendmachung der deutschen Belange die Beschlüsse zu beeinflussen. Deshalb hätte die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland kein anderes Ziel, als in den Ententeländern eine Stimmung zu schaffen, die es den führenden Männern der Weltmächte gestattet, den deutschen Delegierten eine derartige Rolle zu übertragen. Das Gegenteil aber wird erreicht, wenn schon jetzt die deutsche Rechtspresse die dahin gerichteten Beleidigungen Herrlots und Macdonalds mit Spott und Spott behandeln und von vornherein selbst die deutschen Vertreter in London zu Statisten degradiert. Hoffentlich wird diese selbstmörderische Taktik erfolglos bleiben.

### Die Finanzlage der Reichsbahn.

In einer längeren Darlegung, die durch das Wolffsche Bureau veröffentlicht wird, wendet sich der Reichsverkehrsminister Deier gegen die Ansicht, daß in dieser Zeit der allgemeinen Geld- und Kreditnot die finanzielle Lage der Reichsbahn eins recht günstige sei, da die Reichsbahn doch sogar über flüssige Gelder verfüge. Deider sei dem nicht so. Im Gegenteil, die Reichsbahn drückt manche Schulden, deren Begleichung noch ausstehe. Der Minister nennt den Wechselkredit der Eisenbahnenferanten-G. m. b. H., das noch umlaufendwertbeständige Notgeld, die Schulden beim Reichsfinanzminister usw. Es sei ganz falsch, aus dem Umstande, daß an einzelnen Tagen die Einnahmen der Reichsbahn ihre Ausgaben übersteigen, auf ihre besondere Geldflüssigkeit zu schließen.

Die mit Jahresbeginn durchgeföhrten Erhöhungen der Löhne und Gehälter hätten ein Maß erreicht, das die vorhandenen Haushaltssmittel recht erheblich übersteigt. Auch diese Summen mühten aus dem Betrieb entnommen werden. Größere Bauten, die eine Substanzvermehrung darstellen, wurden früher auf dem Unleihwege finanziert. Diese Möglichkeit ist uns heute verwehrt. Wir haben deshalb den größten Teil der begonnenen Bauten stilllegen müssen, neue Bestellungen nur noch im allergeringsten Umfang herausgeben können. Zur Finanzierung der Bauten und der Beschaffungen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind und nicht entbehrt werden können, stehen wiederum nur die laufenden Einnahmen zur Verfügung. Der Minister schreibt: „Wir leben im wahren Sinne des Wortes von der Hand in den Mund. Man muß sich stets vor Augen halten, daß das Verkehrswezen nur ein Glied der deutschen Volks- und Privatwirtschaft ist, und daß die deutsche Reichsbahn viel enger, als es mancher draußen Stehende annimmt, mit dem Wohl und Wehe der Wirtschaft verbunden ist. Die bedrangte Lage der deutschen Wirtschaft ist bekannt und wirkt sich in vollem Maße auf die deutsche Reichsbahn aus.“

### Deutscher Kaufmannsgehilfentag.

Die große Kundgebung des Deutschen Nationalen Handlungsgesellschafterverbands, der 16. Deutschen Kaufmannsgehilfentag, wurde in Unwissenheit von mehr als 2000 Vertretern der deutschen Kaufmannsgehilfen aus allen Teilen des Reichs, Deutsch-Oesterreichs und Böhmen sowie zahlreicher Ehrengäste am Sonntag in Königsberg feierlich eröffnet.

Ministerpräsident a. D. Stegerwald wies namens des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Eingelverbände auf die verantwortungsvollen Aufgaben der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung hin. Das deutsche Klassenwohl von heute müßt sich durchringen zum Staatswohl, zur wirtschaftlichen deutschen Volksgemeinschaft. In einer grob angelegten Rede sprach Johann Verbandsvorsteher Hans Beck über „Volk, Staat und Wirtschaft“. Er führte u. a. aus: Durch Urachen, die tief in unserer Vergangenheit wurzeln, unterlag das deutsche Volk geistig allzu leicht dem Siegeszug des Kapitalismus. Nur über die Gemeinschaftsgehörschaft innerhalb der beruflichen Gruppierung und aller Siedlungen untereinander führt der Weg zu wahrer Volkgemeinschaft.

### Der „Rote Tag“ bei Elsenach.

Glückliche 400 Teilnehmer verhalfen.

Der kommunistische Reichsarbeiterkongreß „Roter Tag“ sollte definitiv bereits am 8. Juni und dann später, als das verboten war, am 29. Juni in Leipzig stattfinden. Seine Veranstaltungen wurden durch den Reichsminister von Innern verboten. Die Kommunisten beschlossen, den Kongreß nunmehr geheim abzuhalten. Es kam bei der Ministerregierung zur Kenntnis, daß die Teilnehmer sich beträchtlich trafen, als Touristen nach Elsenach deponieren wollten, wo ihnen eine bestimmte Wirtschaft vorgeschrieben war.

Während Bandespolizeibeamte in Aktion nahmen, wurde gegen 6 Uhr früh an der ersten Zusammenkunft im Kreiszentrum des Kreisgerichts Elsenach, teil. Die Polizei konnte

„Gemeiner Hof“ in Eisenach. Dort ließt der kommunistische Abgeordnete noch die Logung mit einer Rede ein, in der der heilige Beginn des Bürgerkriegs gefordert wurde. Nach der Versammlung nahmen Landespolizeibeamte teil. Besonders war das Haus von der Eisenacher blauen Polizei und Gothaer Landespolizei umstellt worden, und man griff zu. Nur einem gelang es, zu entwischen. Von den 800 Teilnehmern, die erwartet wurden, waren 400 erschienen, die jedoch verhaftet wurden. Darunter befanden sich eine große Anzahl kommunistischer Abgeordneter aus den deutschen Ländern, ferner der Vertreter der Kontrollausschüsse des Bezirks Berlin. Die Festgenommenen wurden im Rathaus verhören und nach Feststellung ihrer Personalien truppweise mit der Wahn abgeschoben. Zurzeit befinden sich noch vier Teilnehmer in Haft, die keine Ausweise besitzen und bei denen es sich anscheinend um Ausländer handelt. Umfangreiches Material wurde beschlagnahmt.

**Unzufriedenheit in der deutschen Röntgenklinik.** Am politischen Streifen wird mehrfach beweist, ob es vom Standpunkt der Regierung gereicht war, die Wehrpflicht in ihrer Antwort an die Botschaftskonferenz überhaupt zu erwähnen und die Tätigkeit der deutschen Turn- und Sportvereine, wenn auch nur in gesundheitlicher Hinsicht, als Erjas für die Wehrpflicht zu betonen. Es wäre, meint man, wohl richtiger gewesen, den Rückgang der gesundheitlichen Verhältnisse, die Zunahme der Tuberkulose und die Notwendigkeit der Erholung durch Gehfähigkeitszustand des Volkes durch die Pflege von Selbstübungen mehr herzugehören.

Weiters 10 000 Ausgewiesene dienenheimen. Die Rheinlandkommission hat die Hälfte von weiteren 10 000 Ausgewiesenen aus der französischen Besatzungszone in ihrer Sitzung vom 27. Juni beschlossen. Nach einer offiziellen Berliner Berechnung ist damit insgesamt die Erlaubnis zur Rückkehr von 100 000 Personen aus dem besetzten linken und rechten Rheinufer geschaffen worden. Hierzu kommt die von dem Oberbefehlshaber des rechten Rheinufers vorgenommene Rücknahme von Ausweisungsbefehlen, die, wie verlautet, fast ständig aus dem Ruhrgebiet seit dessen Besetzung ausgewiesene Personen erstreckt.

7 Millionen für die Freigefallenen. Wie wir erfahren, soll vom Reichskabinett weitere 7 Millionen Goldmark bereitgestellt zur Unterstützung der aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen und zur ersten wirtschaftlichen Hilfeleistung für die auf Grund der Ausweisungsrücknahmederordnungen der Rheinlandkommission in das besetzte Gebiet zurückkehrenden Deutschen.

**Herrnot gegen die Veröffentlichung der Geheimarten.** Die „Humanität“ meldet, Herrnot habe auf die Eingabe der kommunistischen Deputierten, zur Auflösung der Kriegsschulfrage die französischen Vorträger zu verhören, durch den Justizminister erwidern lassen, daß ein Beschluss des Kabinetts hierüber nicht herbeigeführt werden könne, weil die Wehrpflicht der Körner nicht die Veröffentlichung billige. Er halte die Auflösung der Kriegsschulfrage, die durch die Friedensverträge bereits erlebt sei, für unerheblich, weil weder dem französischen Volk noch dem Wiederaufruhr Europas damit gedient werde.

**Das Schicksal Elsaß-Lothringens.** Die Nachricht des „Journal“, daß der Generalkommissar in Straßburg a la Peinte seine Demission eingereicht habe, weil er über die bedächtige Einbeziehung Elsaß-Lothringens in den Bereich der französischen Gesetzgebung nicht befragt worden sei, wird von den Bütttern dementiert. A la Peinte hat nur eine kurze Reise angetreten. Er werde am Dienstag nach Straßburg zurückkehren und am Mittwoch von dort nach Paris fahren. Der „Tempo“ meldet, daß die Regierung in aller Stärke einen Gefechtsaufstand eintragen werde, der anstelle des elsässisch-lothringischen Generalkommissariats eine Generaldirektion vorsehe, an deren Spitze vornehmlich der Rector der Straßburger Universität Charlety stehen werde.

**Umbildung des italienischen Kabinetts.** Der König hat das Rücktrittsgesuch des Ministers Gentile, Corbino und Cencosca angenommen und ernannte auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Mussolini folgende Minister: Unterricht Sena-

tor Goffetti, Wirtschaft Senator Rizzo, öffentliche Arbeiten Ugo Saracchi, für das Kolonialministerium, das bisher Mussolini mit inne hatte, den Abg. Longo da Scata. Die Minister werden heute vom König vereidigt.

Serbien feiert den 28. Juni. Der serbische Nationalfeierstag Vidovdan wurde Sonnabend, den 28. Juni, wie alljährlich in ganz Serbien, gern als Gedächtnis der historischen Schlacht am Kosovo, dann als der heilige Jahrestag des Attentats von Serajevo in voller Ruhe begangen. Die Feiern brachten rückwärtige Artikel und Erinnerungen aus jenen schicksalvollen Tagen. Die Zeitungsbücher haben besonders hervor, es steht heute fest, daß das offizielle Serbien dem Attentat von Serajevo ferngestanden habe. Serbien feierte den 28. Juni nicht wegen der an diesem Tage begangenen Bluttat sondern weil dieser Tag den Anstoß dazu gab, daß das Ideal der Vereinigung aller Südslawen schmäler in Erfüllung ging, als es wahrscheinlich auf anderem Wege der Fall gewesen wäre.

Endlich, der Kaiser in Norwegen und niemand glaubte in Deutschland, daß es zu kriegerischen Bewegungen kommen würde. Hätte man sonst keinen Überdruck am Getreide verkauft? Man hätte wohl mehr danach gefordert, alle Scheuen zu füllen. Man wußte z. B., daß die eigene Artillerie der französischen unterlegen sei. Hätte man so nicht alles angestrengt, sie umzubauen?

Zum Schluß behandelte der Vortragende noch die letzten Tage vor der Kriegserklärung und bemerkte, wie Frankreich bereits am 28. Juli seine Batterien über die deutsche Grenze getrieben habe. Auch die zufällige Kriegserklärung erfolgte noch vor dem unfriegen. Es liege sich noch vieles ansehen, was gegen die Schuld Deutschlands spricht, den Krieg mit Willen herbeigeführt zu haben. Beider sind die Methoden des Feindes noch nicht geöffnet worden, um als Beweis für unsere Unschuld zu dienen. Es gilt aber darauf zu dringen, daß dies geschieht.

Mit großem Beifall endete Herr Bürgermeister Schubert seine von großer volkstümlicher Begeisterung getragenen Ausführungen. Lebter Bergmann schlug dann der Versammlung folgende Entschließung vor, die an den Reichstag gesetzt werden soll: „Die von den Vereinigten Vaterlanden zu Rue u. Umg. am 28. 6. einberufene Protestversammlung gegen die Schuldfrage“ statt und man hätte meinen sollen, daß sie alle deutschen Männer und Frauen auf den Plan gerufen hätte. Leider war den nicht so und mit Bedauern mußte man feststellen, daß so viele Einwohner unserer Stadt die Frage der Schuld am Kriege noch nicht erschaut haben können.

Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden erging

Bürgemeister Schubert das Wort und führte in einem glänzend durchgearbeiteten und mit vielen Originalzitaten belegten Vortrage etwa folgendes aus:

Wenn man sich mit der Prüfung der Frage „der Schuld am Kriege“ beschäftigen will, muß man eine lange Zeit vor Beginn des Weltkrieges zurückgehen, denn schon mit dem Marokko-Au-

kommen wurde der Grundstein zum Kriege gelegt. Bereits im Jahre 1911 hat der französische Botschafter in England Cambray dem damaligen serbischen Geschäftsträger erklärt,

daß der europäische Krieg sei nur um 2 bis 4 Jahre aufgeschoben.

Lord Fisher, der Schöpfer der englischen Kriegsflotte, der den Krieg mit Deutschland von lebend anstrebt, drängte schon 1907 darauf, die deutsche Flotte nach dem Winter der dänischen (Kopenhagen 1807) zu überfallen. Er sagte schon 1906

den Krieg mit Deutschland für das Jahr 1914 voraus. Mit

den Vorauslagen aus Heimbündnern über den nahen Krieg und seinen Ausbruch im Jahre 1914 ließ sich ein kalter Band füllen und es wurde hier zu weit führen, die Belege wiederzugeben, die der Vortragende in großer Fülle und Ausführlichkeit beigebracht. Für das Jahr 1914 spitzten sich die Verhältnisse dann immer mehr zu. Besonders war es der russische Minister Sofanow, der den Krieg gegen Deutschland einzurichten wußte. U. a. berief er einen Ministerrat ein, der darüber zu beraten haben würde, ob Krieg für ebl. militärische Aktionen bereit sei, unter der Voraussetzung, daß es von Frankreich mit allen Kräften unterstutzt und auch England ihm tatkräftig beisteht würde. Boinacare gab sein Einverständnis dazu. Deleacasse versicherte, Frankreich würde alle Wünsche Russlands erfüllen. Bereits am 5. Januar 1914 setzte der französische Botschafter in Petersburg den Minister Vrancian davon in Kenntnis, daß der Weltkrieg nahe bevorste und wiederholte die Erklärung am 18. Juni gegenüber dem neuen Ministerpräsidenten Viviani.

Der Zwiespalt zwischen Serbien und Österreich, der schließlich durch die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin zum Ausbruch kam, hat freilich schon längere Zeit begonnen und darf wohl schon in das Jahr 1909 zurückverlegt werden. Und wie sah es in Deutschland aus? Hat man da wirklich alle Anstrengungen gemacht, um einen Krieg, bei dem man wußte, daß er sich gegen 2 oder 3 Fronten richten würde, vorzubereiten? Keini in der kritischsten Zeit waren die führenden Männer auf Ur-

Der Reichswahlkreiswahl in Sachsen im vorigen Jahre.

Der Untersuchungsausschuss des Landtages über die Angelegenheiten beim Reichswahlkreiswahl in Sachsen im vorigen Jahre, am 28. 6. einberufene Protestversammlung gegen die Schuldfrage erhebt schriftliche Einspruch gegen die im Versailler Vertrag festgelegte Regel von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg und fordert von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung des amtlichen Materials über die Kriegsschuld und rücksichtlose Ausführung und Richtererkennung des Schuldsparagraphen im Versailler Vertrag. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Mit dem Absingen des Deutschnationalliedes und den Vortrage eines Gedichtes von P. Warne entband die einbrückliche Feier.

**Der Reichswahlkreiswahl in Sachsen im vorigen Jahre.** Der Untersuchungsausschuss des Landtages über die Angelegenheiten beim Reichswahlkreiswahl in Sachsen im vorigen Jahre, am 28. 6. einberufene Protestversammlung gegen die Schuldfrage erhebt schriftliche Einspruch gegen die im Versailler Vertrag festgelegte Regel von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg und fordert von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung des amtlichen Materials über die Kriegsschuld und rücksichtlose Ausführung und Richtererkennung des Schuldsparagraphen im Versailler Vertrag. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Mit dem Absingen des Deutschnationalliedes und den Vortrage eines Gedichtes von P. Warne entband die einbrückliche Feier.

Eine weitere Anfrage lautet: In Chemnitz haben die Lehrerschaften einiger Schulen den Besuch einer Abordnung aus der Tschechoslowakei abgelehnt mit der Begründung, daß die Tschechen gerade in diesen Wochen die letzten deutschen Schulen geschlossen und damit der deutschsprechenden Bevölkerung die leise Möglichkeit einer Erziehung ihrer Kinder in ihrer Muttersprache genommen haben. Trotzdem hat der Rat beschlossen, die Abordnung zugelassen und zwar, weil angeblich das Unterrichtsministerium es gewünscht habe, damit nicht diplomatische Verwicklungen entstehen könnten. Beruht diese Stellungnahme des Ministeriums auf Tatsachen und wie wird sie begründet?

**Das Chamäleon.** Der General blieb den ganzen Tag zu Bett, und die beiden Herren mußten allein mit Fräulein Luise zu Mittag essen. Das junge Mädchen zeigte eine bewunderungswürdige Selbstbeherrschung. Mit keiner Worte verriet sie, ob sie noch von den sonderbaren Ereignissen der Nacht geweckt sei. Auch keiner der Herren machte eine Bemerkung darüber. Sie redeten von allem möglichen, von dem bevorstehenden gesellschaftlichen Leben, von einer Jagd, die der General im Laufe des Monats abhalten wollte und von dem General selbst.

Fräulein Luise erzählte, der alte sei wieder in entfesselte Raune, weil er zu Bett bleiben müsse. Es fing zeitig an zu dunkeln, und es schien eine stürmische Nacht bevorzustehen. Schon um vier Uhr jagten dunkle Wolken über den Himmel, und die Sonne verschwand; die Landschaft lag meist in dem dichten grauen Nebel, der die nordischen Winterabende so trostlos macht. Um fünf Uhr wurde in der Hütte Licht gemacht, denn wie man hörte, hatten sie dort große Bestellungen, und die Arbeiter mußten häufig Überstunden machen.

Da Fräulein Luise den ganzen Nachmittag am Bett ihres Chefs liegen blieb und Usbjörn Krug von seiner Arbeit in Anspruch genommen war, langweilte sich Deutnant Rosenthal gründlich. Zuerst wollte er die einzige Gelegenheit benutzen und einige Briefe schreiben, allein er hatte sehr wenige Minuten zu Papier gebracht, als er die Hebe Wöhrl wieder weglegte. Er mußte immer an das denken, was geschehen war, und in das, was vielleicht noch bevorstand. Es schien ihm etwas Erhabenes in der Luft zu liegen. Er sandte alle Bilder an, die Vampi am Schreibtisch, die beiden Lampe und die Hängelampe, und bat auch Hans Christian, der sich in der Nähe zu schaffen machte, die Lampen im Gang und auf der Treppe anzuzünden. Es war eine Bedeutung, als ob auf Sternegård ein Fest abgehalten würde. Draußen braute der Sturm über die Felder und rüttelte an dem alten Herrenhaus.

Endlich am frühen Abend zog Deutnant Rosenthal einen Rock an, um noch einen Spaziergang zu machen. Als er über den Hof ging, bemerkte er, daß in Stugz Blümchen licht brannte. Es blieb einen Augenblick so.

## Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.

Autorisierte Übersetzung von Gertrud Bauer.

(8. Fortsetzung.)

Grunddreißiges Kapitel.

Der Mann am Hau.

„Wie nutzen Ihre Zeit aus, das muß ich sagen.“ bemerkte Rosenthal. „Sie sitzen zwei Stunden auf dem Telegraphenamt und beobachten nicht ein Wort. Gestatten Sie mir die scherzhafte Frage, was haben Sie dort getan?“

„Gestatten Sie mir die scherzhafte Antwort, daß man auch auf dem Telegraphenamt sitzen und auf ein Telegramm warten kann.“

„Sie haben also ein Telegramm erwartet?“

„Ja.“

„Mit es vielleicht jetzt angekommen?“

„Sowohl, aber es war nicht an mir.“

Deutnant Rosenthal schaute seinen Freund überrascht an, aber Krug schwieg nachdrücklich den Kopf, als ob alles nur Scherz sei.

„Ich muss Ihnen zum Heim!“ sagte Fräulein Luise. „Es ist heute gar nicht recht auf dem Damm.“

„Was fehlt Ihnen, gnädiges Fräulein?“

„Nichts Besonderes, hoffe ich. Von Zeit zu Zeit fühlt er sich nicht recht wohl und bleibt dann zu Bett. Das möchte mich etwas einen Tag, und dabei ist er in der entlegensten Baude, der alte Pulvertopf. Er muß immer Menschen um sich haben.“

„Dann müssen Sie hinein und ihn trösten, gnädiges Fräulein. Weichen Sie ja nicht von seiner Seite.“

„Sie läuft schon bei mir zu, aber auf meine Worte hört siebrigand Nein.“

„Was soll nicht vom Seinen Seine meinen?“ fragte Krug. „Nichts anderes, liebes Fräulein, als daß man einen alten, kranken Mann sehr sorgfältig pflegen muß. Besonders im finsternen, kalten Winter.“

„Sie haben einen Augenblick, ganz oben dann packt uns die Kälte.“

Usbjörn Krug hatte keinen Freund unter dem Arm und ging mit ihm in eines der Zimmer; dort zog er ihn ans Fenster und deutete hinaus.

„Sehen Sie dort das kleine rote Gebäude?“ fragte er lächelnd.

„Davon, das ist das Telegraphenamt.“

„Richtig. Und in diesem kleinen Gebäude habe ich endlich die Lösung des Rätsels erhalten.“

„Dann werden Sie mir vielleicht jetzt mitteilen, wer es ist, der hier das Macht hält?“

„Noch nicht. Die Frucht ist noch nicht reif.“

„Wenn es nun aber der Mann mit den Stiefeln wäre, dann kann, fragt Krug lächelnd.

„Wenn ich das behaupten wollte, dann müßte Ihnen zugleich auch den Grund für dieses sein Lustretten angeben können, und noch habe ich keinen Beweis dafür, ob meine Vermutungen in dieser Hinsicht richtig sind.“

„Sie sind also auf der Suche nach dem Beweis?“

„Ja.“

„Und wann erwarten Sie, ihn zu erhalten?“

„Derartiges liegt selten lange auf sich machen. So gern wie ungefähr in einem Tage.“

Krug wollte fortgehen, allein Rosenthal hielt ihn am Ärmel fest.

„Und Fräulein Luise?“ fragte er mit einer gewissen Langsamkeit in der Stimme.

„Was das betrifft, so glaube ich, Sie dürfen sich hierzu bereitmachen.“ erwiderte Krug. „Meinen Sie immer noch, Sie könnten mit leichtem Herzen abreisen?“

„Wir etwas leichtsinnig gehen.“

„Aber, dann hat es ja keine Gefahr. Sie können sich ja dann später mit den kleinen Wäbeln im Wald trösten.“

Krug ging in sein Zimmer hinauf und war dort mehrere Stunden lang mit Briefschreiben beschäftigt.

Rosenthal, der vor Ungeduld brannte, wollte verschiedene Male bei ihm eindringen, aber Krug wußte ihn stets ab.

SLUB  
Wir föhren Wissen.



